

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 04-2 vom 15. Januar 2009

Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

auf der Diskussionsveranstaltung des Bankhauses Metzler
am 14. Januar 2009 in Frankfurt am Main:

Lieber Herr von Metzler,
liebe Frau von Metzler,
lieber Herr Enste,
meine Damen und Herren,

ich musste einmal absagen. Das war, als das Finanzmarktstabilisierungsgesetz gerade im Entstehen begriffen war. Ich hatte schon Angst, dass wir jetzt wieder in eine solche Situation kommen, denn ich weiß ja, wie wunderbar Sie das hier vorbereiten. Ich bedanke mich auch ganz herzlich dafür, dass wir heute in diesem Kreise doch irgendwie mehr als sonst in einer öffentlichen Veranstaltung miteinander diskutieren können.

Die Umstände könnten glücklicher sein, was die äußere Lage anbelangt. Denn wir haben ja nach drei erfolgreichen Jahren, in denen ich Bundeskanzlerin bin, doch jetzt einen Herbst der Schockwellen erlebt. Ich glaube, ich übertreibe nicht, wenn ich das so sage. Herr Enste hat eben gesagt, es sind Dinge passiert, die wir uns alle nicht haben vorstellen können. Genauso sehe ich das auch.

Am Anfang der Finanzmarktkrise kursierte der Witz: Was ist der Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus? Im Sozialismus wird erst verstaatlicht und dann ruiniert. – Dass man darüber lachen kann, zeigt ja schon, dass es nicht völlig außerhalb der Realität ist. Wenn man die Meldungen der letzten Tage hört, dann ist zumindest für den Finanzmarktsektor im Augenblick ziemlich vieles möglich. Ich habe

den Eindruck, dass die Stimmung in der Bevölkerung im Augenblick noch besonnen ist – das ist ja auch gut so – und dass diese Stimmung und das, was man sozusagen am Horizont sieht beziehungsweise was einige Vertreter sowohl in der Finanzwelt als auch in der Realwirtschaft erleben, noch sehr weit auseinanderklaffen.

Da die Auftragseinbrüche und auch die Verluste im Bankenbereich so exorbitant sind, wie sie vorher überhaupt noch nicht erlebt wurden, ist es im Augenblick auch kaum möglich, vernünftige Prognosen zu machen, weil alle Prognosen letztlich nichts anderes sind als die Verlängerung des Erlebten mit einigen Zukunftsinformationen. Wenn das Erlebnis der letzten Monate ein scharfer Abriss ist, dann ergibt sich daraus natürlich auch eine sehr hohe Fehlergrenze zu dem, was man zu erwarten hat.

Das Schwierigste an dieser Angelegenheit ist: Sie ist global, sie ist international. Das heißt, das eigene Tun, auch die eigene Einschätzung des eigenen Finanzmarktsektors helfen einem nur bedingt weiter, weil keiner von dem anderen weiß – das macht auch diese riesige Vertrauenskrise aus: Was ist eigentlich bei dem anderen los? Bei all dem, was man in Einzelfällen erlebt hat, muss man fast alles für möglich halten. Das ist natürlich eine Quelle höchster Verunsicherung.

Deshalb ist es wahrscheinlich auch nicht vernünftig, zu viel zu prognostizieren und zu oft zu prognostizieren. In guten Zeiten fällt einem ja eigentlich gar nicht auf, dass es in Deutschland 15 Mal im Monat irgendeinen gibt, der irgendeinen Index oder irgendeine Wachstumsprognose oder irgendeine Quartalssache bekannt gibt. Insoweit ist das, was Herr Zimmermann vom DIW gesagt hat – obwohl er sich dann selbst auch nicht daran hält, wenn sein Datum dran ist –, nämlich dass man vielleicht ab und zu auch schweigen könnte, beruhigender, als wenn man jeden Tag etwas anderes hört. Aber ich will gar nicht dafür plädieren. Wir sind ein Land mit Meinungsfreiheit. Insofern kann jeder sagen, was er für richtig hält. Aber in diesen Zeiten wird natürlich noch fokussierter auf jede Aussage gehört, als könnte man das als Rettungsring nehmen. Ich persönlich bin jetzt sehr, sehr zurückhaltend geworden, inwieweit man sich das alles eins zu eins zu Herzen nehmen sollte.

Aber richtig ist: Wir haben eine außergewöhnliche Situation. Wir alle müssen uns jetzt fragen – das ist vielleicht das Beste: Was kann dazu beigetragen werden, um

wieder überschaubare Realitäten zu bekommen, und welche Kraftanstrengung ist nötig, um unsererseits einen Beitrag zu leisten? Das sollte jedes Wirtschaftsunternehmen tun, aber das sollte vor allen Dingen auch die Politik tun, denn sie gibt in dieser Zeit den Takt an.

Sehr interessant ist: Im Augenblick sind diejenigen in Deutschland, die die Krise noch nicht so richtig hautnah bei sich spüren, diejenigen, die alles zur Sprache bringen, was sie ordnungspolitisch gelernt haben. Das ist ja auch ordentlich und gut. Diejenigen, die in der Krise stecken, geben aber zum Teil von einem Tag auf den anderen alles auf, was sie ordnungspolitisch in ruhigen Zeiten immer für richtig gehalten haben, weil ihnen nun das Wasser bis zum Halse steht und sie sagen, dass es jetzt erst mal um die Rettung geht. Wir haben es also politischerseits – ich will das hier ganz offen ansprechen – mit einer unglaublich gespaltenen Klientel zu tun, was sich natürlich auch im parlamentarischen Raum widerspiegelt. Der eine hat so einen Wahlkreis, der andere hat so einen Wahlkreis. Und so sind die Wahrnehmungen unglaublich unterschiedlich.

Jetzt geht es darum, dass sich der Staat in einer solchen Notlage so einbringt, wie er es vertreten kann, ohne sich selbst zu ruinieren – wir haben das ja bei einigen Staaten gesehen, Island oder Ungarn, die jetzt beim IWF und so weiter anstehen –, aber seinen Beitrag leistet, um in einem Mosaik internationaler Anstrengungen das beizutragen, was sowohl für die Bewältigung der internationalen Dimension richtig ist als auch mit Blick auf die Frage: Was ist gut für unser Land, damit wir möglichst gut – ich sage: sogar zukunftsfester – aus dieser Krise herauskommen?

Dazu haben wir im November kurz nach Beschluss des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes ein *erstes* Paket verabschiedet. Da waren alle Maßnahmen richtig, aber es war noch nicht der volle Instrumentenkasten dessen, was wir brauchen. Es hat sich dann im Monat Dezember auch durch wichtige Gespräche mit den Akteuren in Deutschland – am dritten Advent hatten wir ja zu einer ziemlich großen Runde eingeladen –, dieser Instrumentenkasten dessen, was wir noch brauchen, um in der Krise alle Optionen zu haben, herauskristallisiert. Und genau das haben wir heute in den Bundestag eingebracht, werden wir am 28. Januar dann per Gesetz einbringen und

wir werden – inklusive Bundesrat –, wenn alles gut läuft, das Wesentliche am 20. Februar beschlossen haben.

Ich will sagen: Es gibt in diesen Monaten eine unglaublich beruhigende Kooperationsbereitschaft zwischen Bundesebene, Länderebene und kommunaler Ebene. Das ist etwas, was Sie in normalen Zeiten nicht so erleben, was aber im Augenblick für unser Land sehr, sehr wichtig ist. Denn der Bund hat gar nicht die Möglichkeit, zum Beispiel im Infrastrukturbereich so viel zu investieren, wie wir in kleinen, überschaubaren, auch nachprüfbaren Aufträgen auf der kommunalen Ebene investieren können.

Wir können viele Kasernen ausbauen, unsere eigenen Gebäude energetisch sanieren; ja, okay. Aber wenn man Geld in die Hand nimmt, wenn man die Bauwirtschaft stimulieren will, dann ist es doch allemal vernünftiger, wir nehmen uns die Schulen vor, die noch nicht renoviert sind, und geben damit auch den Menschen ein Zeichen: Wenn wir schon so viele Schulden machen müssen, wenn wir schon neue Aktivitäten vornehmen müssen, dann doch am besten dort, wo wir es für die Zukunft wirklich brauchen können und wo es zum Teil auch bedauerlich ist, dass es nach 60 Jahren Bundesrepublik so aussieht, wie es aussieht. Wie wir nun sind, wird dann gleich gesagt: Ja, aber wenn die Lehrer fehlen und die Kindergärtnerinnen fehlen, hat das alles keinen Sinn. Ich sage mal: Man kann ja dann auch beide Dinge tun. Aber wenn die Schule mies aussieht, macht es auch keinen Sinn, und deshalb ist das richtig.

Wir haben jetzt also Beschlüsse gefasst, natürlich auch unter Berücksichtigung anderer Erfahrungen aus Amerika und von woanders her, und ein Maßnahmenpaket verabschiedet, um staatlicherseits zu versuchen, die Krise etwas abzuflachen und zeitlich zu verkürzen. Wir können sie nicht ungeschehen machen. Diesen Eindruck wollen wir auch nicht erwecken. Aber wir hoffen, dass wir durch ein solches Maßnahmenpaket andere ermutigen, eine Brücke mit uns zu begehen, um am Ende der Krise nicht mit einer Vielzahl von auseinander gelaufenen Facharbeitern dazustehen, die ihre ganze Expertise, all das, was wir als unseren Schatz empfinden, woandershin mitgenommen haben. Die Fähigkeiten der Industriebereiche können Sie ja nicht einfach von heute auf morgen wieder herbeiführen. Da sind jahrzehntelange Erfah-

rungen drin und deshalb muss man schon versuchen, in einem überschaubaren Maß Brücken zu bauen.

Was sind jetzt unsere Ansätze?

Der *erste* Ansatz ist genannt worden: Ein Schirm, ein Bürgschaftsschirm. Es geht hier nicht um Verstaatlichung. Das war auch eine, wenn ich das vorsichtig sagen darf, etwas hysterische Debatte. In den Bundesländern ist es durchaus üblich, dass für eine bestimmte Zeit auch einmal Landesregierungen in einem bestimmten Umfang eingetreten sind, um bestimmte Betriebe zu retten; zum Beispiel in Hamburg: Nivea/Beiersdorf. Auch in Niedersachsen ist das gemacht worden. Das muss nicht immer falsch sein. Aber auf der Bundesebene haben wir nicht diese Absicht. Es muss auch keiner Angst haben, dass wir irgendwie danach drängen. Wir erleben nur erstaunliche Dinge.

Jetzt haben wir einen Bürgschaftsschirm, wie wir ihn in dieser Größe noch nicht hatten. Er ist auch nur ein Angebot. Kein Mensch muss da hin. Dieses Angebot bezieht sich auf die Situation, dass für längerfristige Investitionen im Augenblick kaum Kapital zu bekommen ist, zumindest nicht zu Konditionen, die die Investitionen zum Schluss noch rechtfertigen. Wenn das so ist und wenn das erkennbar zu anderen Zeiten viel günstiger gegangen wäre, dann muss man sich natürlich schon fragen, ob man nicht durch eine Garantie so etwas ermöglichen kann. Wir können ja nachher in der Diskussion darüber sprechen. Es ist zurzeit kaum möglich, für große Unternehmen Anleihen zu platzieren und nicht auch das wieder zu schwierigen Konditionen zu bekommen. Wir müssen natürlich aufpassen, dass wir uns aus einem Nachfragerückgang nicht immer weiter in eine Spirale hineinbegeben, die uns sozusagen immer mehr den Hals zuschnürt. Deshalb machen wir dieses Angebot.

Wir wissen und haben das auch gesagt bekommen, dass, wenn die Bankenlandschaft in Gang kommt, wir natürlich aufpassen müssen, dass wir sozusagen dem Patienten nicht dadurch, dass wir einen Rollstuhl zur Verfügung stellen, das Laufenlernen erschweren. Das heißt, es wird sehr kluger Ausbalancierung bedürfen. Wenn das Bankengeschäft wieder in Gang kommt, dürfen wir nicht durch unsere staatlichen Angebote so viel Risikoabnahme machen, dass die Banken sagen: Ach, na ja,

wir gehen zum Bund und sichern uns das ab, dann müssen wir keine anderen Geschäfte mehr machen. – Dessen sind wir uns bewusst. Aber wir können auch nicht sehenden Auges, wenn die Banken noch nicht wieder so weit sind oder die Liquidität auf den privaten Märkten knapp ist, auf dieses Instrument völlig verzichten.

Man kann mit vielen Schrauben spielen. Es ist immer die Frage, wie viel man absichert. Wir haben bei unserem 15-Milliarden-Euro-Paket zum Beispiel 90 Prozent Risiken für den Mittelstand abgesichert. Darüber wird zu sprechen sein. Sie brauchen sich auch keine Sorgen zu machen, denn darüber spricht dann schon Frau Kroes mit uns, falls wir nicht selbst darüber sprechen. Sie passt schon auf, dass sich in Europa die Dinge nicht verzerren.

Damit komme ich zu einem *zweiten* Punkt. Wir müssen als Deutsche natürlich aufpassen – ich sage das jetzt immer wieder; auch gerade im Parlament –, dass wir international vernetzt sind. Es gibt zum Beispiel unglaubliche Imbalancen zwischen dem Verhalten der Europäischen Zentralbank und dem Verhalten der Fed. Was ich nun nicht möchte, ist, dass die Unternehmen ihren Sitz nach Amerika verlegen, weil sie dort so schön Kredite bekommen und keiner nachfragt und unten gleich das Geld gedruckt wird, nachdem oben das Risiko abgenommen wurde, und wir hier unsere Leute austrocknen und aushungern. Auch das muss man bedenken. Das heißt, wir werden jetzt sehr schnell mit der neuen amerikanischen Administration darüber sprechen müssen, dass wir weltweit zu fairen Konditionen kommen müssen. Ansonsten wird es immer, immer schwieriger, das Richtige zu tun.

Dritter Punkt: Dass wir mit diesem Schirm den Bürgschaftsrahmen erweitert haben, soll ja dazu dienen, dass gesunde Unternehmen sich weiterentwickeln können. Da müssen wir natürlich auch das Angebot machen, wenn die Auftragslage schlecht ist, ein Stück weit mit Kurzarbeit zu helfen. Wir haben schon im November für 18 Monate die Kurzarbeit ermöglicht, haben auch sehr viel vereinfacht, auch für kleine Unternehmen, für selbständige Berufe, für die, die nur einen oder zwei Angestellte haben. Das ist alles möglich. Aber wir wissen natürlich, wenn man auch in der Kurzarbeit als Arbeitgeber 40 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge leisten muss, dass das niemals 18 Monate gut geht. Das heißt, wir haben das jetzt erweitert, indem wir das Angebot machen, bei Kurzarbeit die hälftigen Sozialversicherungsbeiträge zu überneh-

men. Die Bundesagentur für Arbeit hat zurzeit ein Polster. Das können wir dafür in Anspruch nehmen; ich halte das für vertretbar. Und wir übernehmen auf Antrag 100 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge, wenn Qualifizierung angeboten wird.

Jetzt wollen wir mal sehen, wie das in Anspruch genommen wird. Mich hat auf diese Idee ein Unternehmer gebracht – Herr Leibinger von Trumpf. Er hat mir gesagt: Lasst doch die Leute nicht herumsitzen. Wir hätten auch so viel an Qualifizierung zu machen. Wir müssen die Leute fitter machen für die Globalisierung. Dann lasst uns das doch anbieten. – Wir werden natürlich schauen, ob die Unternehmen zu der Qualifizierung auch einen kleinen Beitrag leisten können. Wir müssen auch schauen, dass das jetzt nicht überhand nimmt und sozusagen lauter Unsinn gemacht wird. Aber im Grundsatz ist das eine spannende und interessante Idee, die auch Motivation schaffen kann.

Das ist ein Kernstück unserer Maßnahmen. Ich kenne das so von keinem anderen europäischen Land. Ich weiß, dass andere sich das jetzt angucken. Das kann für unsere hoch spezialisierten Industrien – vor allen Dingen die Automobilindustrie, die Chemieindustrie – natürlich von größtem Wert sein. Aber meine größte Sorge ist, wenn wir zum Beispiel öffentliche Infrastrukturinvestitionen anreizen und dort sehr viel mehr machen, dass, wenn Leute in den Facharbeiterbranchen arbeitslos werden, dann sehr schnell ein Verdrängungswettbewerb stattfinden könnte, dass die weniger Qualifizierten rausgedrängt werden und die gut Qualifizierten Jobs kriegen, die auch von den weniger Qualifizierten gemacht werden könnten, und wir uns zum Schluss in einer sehr veränderten Landschaft wiederfinden.

Die *dritte* Säule unseres Pakets ist das Infrastrukturprogramm – darüber sprach ich – und die *vierte* ist der Block Entlastungen. Wir nehmen jetzt noch mal 50 Milliarden Euro in die Hand. „In die Hand“ ist gut gesagt, weil wir sie nicht haben. Wir nehmen sie also an den Kapitalmärkten auf. Das ist inzwischen auch eine hoch heikle Operation. Je mehr die Staaten mit ihrem schönen Rating nehmen, umso schwieriger wird es für jeden Privaten, überhaupt noch etwas aufzunehmen. Das heißt, auf der einen Seite wird man angefeuert, etwas zu tun, und auf der anderen Seite verknappt man die sowieso schon knappe Liquidität. Aber ich glaube, Deutschland ist da noch nicht an der Spitze der Bewegung, insofern ist das noch vertretbar, was wir machen. Wir

haben in diesem Jahr übrigens ein gesamtstaatliches Defizit von minus 0,1 Prozent. Wir starten also von einer ausgeglichenen Basis. Viele Europäer beneiden uns darum.

Wir haben also in diesem Maßnahmenpaket 50 Milliarden Euro, in dem vorherigen und allem, was zum 1. Januar in Kraft getreten ist, 30; und von den 50 werden 18 Milliarden für Entlastungen genommen. Nun kann man natürlich wie folgt agieren – ich habe es, glaube ich, auch so gemacht, als ich in der Opposition war: Man sagt am Anfang der Rede, dass das mit der Verschuldung eine Sauerei ist, und im zweiten Teil spricht man darüber, dass es natürlich richtig wäre, mehr zu entlasten. Wenn man jetzt Bundeskanzlerin ist, kriegt man das irgendwie alles immer zusammen serviert und muss dann auch addieren und subtrahieren können. Das heißt, bei mir bleibt es dann insgesamt kleben. Deshalb haben wir uns für einen ausgeglichenen Mix entschieden: Etwa 18 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in den nächsten zwei Jahren, 18 Milliarden Euro an Entlastungen und dann eine Reihe weiterer Maßnahmen, zu denen ich gleich noch etwas sage, und natürlich die Mittel der Bundesagentur. Das kann durch die höhere Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit sehr schnell ein ähnlich großer Block werden.

Bei den Entlastungen zielen wir hälftig auf Beiträge und Steuern. Da wird nun gesagt, das ist ein Koalitionskompromiss. Natürlich ist das ein Koalitionskompromiss. Ich darf Ihnen verraten: Schon innerhalb einer Partei müssen Sie Kompromisse eingehen. Wenn Sie dann noch eine Schwesterpartei haben, noch einmal. Und dann müssen Sie in der Koalition noch einmal einen Kompromiss machen. Aber ich vermute, selbst im Bankhaus Metzler muss man ab und zu Kompromisse machen, weil natürlich unterschiedliche Meinungen zutage treten. Ein Kompromiss ist ja nicht per se etwas Schlechtes.

Da gibt es bei den steuerlichen Entlastungen das richtig erkannte Problem der kalten Progression, das durch die Form der Steuerkurve sehr stark zuschlägt. Da wir auch Gehaltssteigerungen im vergangenen Jahr hatten, ist das ein ernsthaftes Problem. Dann gibt es das berechtigte Argument, dass 40 Prozent der deutschen Bevölkerung keine Steuern zahlen, dass gerade diejenigen, die keine Steuern zahlen, vielleicht eher diejenigen sind, die auch sofort die Nachfrage stimulieren. Bei den Abgaben

wird halt vom ersten Euro des Verdienstes an die Abgabe gezahlt, sodass eine Abgabenreduktion immer anders wirkt als eine Steuerreduktion. Wenn man den Leistungsträgern ein Zeichen geben will, aber auch allen, die keine Steuern zahlen, ein Zeichen geben will, ist dieser Mix aus Abgaben und Steuern, wie ich finde, eigentlich recht gut.

Wir haben jetzt eine Reihenfolge gewählt – über die kann man auch wieder kritisch sprechen –, bei der mitberücksichtigt wird, dass es sein kann, dass der Aufschwung auch Anfang 2010 noch nicht wieder vollkommen da ist und die 18 Milliarden Euro an Entlastungen in zwei Jahren – das ist heute immer wieder gesagt worden – keinen Kaufrausch auslösen. Das ist auch nicht das Thema. Wir können damit nur Vertrauen schaffen; das Vertrauen, dass der Staat in dieser Zeit eher etwas dazugibt, als dass er etwas wegnimmt.

Wir werden in diesem Jahr durch die Lohnsteigerungen des letzten Jahres, durch die geringere Inflation oder sogar Preissenkungen, insbesondere bei den Energie- und Nahrungsmittelpreisen, wahrscheinlich bundesweit 200 Milliarden Euro mehr Kaufkraft haben, die den Menschen zur Verfügung steht. Das könnten wir durch keine steuerliche Entlastung, auch wenn sie doppelt so hoch ausfallen würde, erreichen. Aber wir senden Botschaften an Gruppen, dass wir ihre Arbeit honorieren, dass wir das Problem sehen und dass wir unseren Beitrag dazu leisten wollen, auch ein Stück Optimismus oder Zuversicht in die ganze Debatte zu bringen.

Da gibt es jetzt, nicht von uns gewünscht, aber zur Kenntnis genommen, die Rückerstattung der Pendlerpauschale und verbesserte Familienleistungen zum 1. Januar. Zum 1. Juli wird es eine relativ gute Rentenerhöhung geben, dazu auch eine Hartz-IV-Erhöhung. Damit sind dann auch die Gesundheitskosten verbunden. Die Steuerentlastungen machen wir über das ganze Jahr, zahlen aber das erste Halbjahr zum 1. Juli aus. Zum nächsten Januar wird es dann nochmals eine steuerliche Entlastung geben, sodass wir eine permanente Kurve haben, mit der wir das auch darstellen.

Wir haben lange diskutiert – das waren wahrscheinlich die heißesten Debatten – über die 1,5 Milliarden Euro für die Umwelt- oder Abwrackprämie bei der Automobilindustrie. Bei einem solchen Maßnahmenpaket ist es ja so: Da wir das Problem real

sowieso nicht zu 100 Prozent lösen können, ist, wie Ludwig Erhard gesagt hat, immer auch 50 Prozent Psychologie dabei. Ich habe schon beim Erlass der Kfz-Steuer gesagt: Warum regt ihr euch eigentlich so auf? Wenn die Branche zufrieden ist, wenn die Zulieferer und die Händler uns das sagen, warum machen wir das kaputt und sagen, wir wissen genau, das ist nicht das Richtige? Warum wissen wir das dann immer besser als die anderen?

Nun hat die Automobilindustrie einen Herzenswunsch. Sie glaubt, dass durch die Umweltprämie ein Kaufanreiz gesetzt wird. Es wird damit nichts Schlechtes gemacht. Ein mindestens neun Jahre altes Auto wird verschrottet und es wird eines mit Euro vier gekauft. Wenn der Anreiz nicht wirkt, dann wird das Geld auch nicht gebraucht. Dann sagt man natürlich: Mitnahmeeffekt. Gut, maximal 1,5 Milliarden Euro. Ich würde sagen, der Einsatz ist in den heutigen Zeiten überschaubar. Aber wenn das in unserer Schlüsselindustrie psychologische Zufriedenheit bringt, dann ist das richtig.

Allerdings habe ich heute im Bundestag gesagt – das wird wahrscheinlich der Automobilindustrie auch nicht verborgen geblieben sein –, dass ich mir wünsche, dass in zukünftigen Zeiten die Automobilhersteller auch etwas pfleglicher mit ihren Zulieferern umgehen. Die Zulieferer sind ein Stück weit das Kostenreduktionspotenzial mit einer nicht ganz so starken IG Metall gewesen. Das kann auf Dauer auch nicht gut gehen. Die Dinge sind heute so spezialisiert, dass zum Teil – das will ich allerdings auch sagen – die Zulieferer und die Händler von der Automobilindustrie gestützt werden. Aber wir erleben bei der Chemie, wir erleben bei den Dämmstoffen, bei verschiedenen Bereichen, dass die Automobilindustrie natürlich in viele unserer industriellen Bereiche hineingeht.

Deshalb glaube ich, dass unser Paket ein Angebot ist, das wirken kann, das allerdings auch darauf baut, dass die Möglichkeiten in Anspruch genommen werden. Wenn jemand sagt, ich mache meine Bude dicht, weil ich jetzt keine Lust habe, ein Risiko einzugehen, ist das schwierig. Ich weiß, dass das in diesen Zeiten besonders schwierig ist, weil Sie natürlich als Unternehmer auch wieder Leute haben, die Ihre Unternehmen finanzieren, die positive Fortführungsprognosen haben wollen, die sich die Weltmarktentwicklung angucken. Aber seien wir mal ehrlich: Wer weiß denn heute, ob statt der ungefähr 58 Millionen Autos, die, glaube ich, früher gebaut wurden, in

drei Jahren nur noch 48 oder vielleicht doch 64 Millionen gebaut werden? Ich würde mir die Prognose nicht zutrauen. Wir wissen nicht, wie sich die Krise in China entwickelt, was das für Wirkungen auf die Schwellenländer hat. Wir wissen nicht, wie sich der amerikanische Markt entwickelt. Wir wissen nicht, ob das Obama-Programm etwas bringt. Ich stehe erstaunt davor, dass in den Vereinigten Staaten 200, 300 Milliarden im Jahr verbaut werden können; wir könnten das mit unserem Genehmigungsrecht nicht. Wenn die das können, sollen sie es machen. Ich schaue dann aber mal, was tatsächlich abgeflossen ist.

Aber es ist doch heute so, dass die Aktion des Einzelnen und des Anderen und des Nächsten die Realität verändert und daraus eine Stimmung entsteht, die wir alle nicht prognostizieren können. Wenn wir mit dem Maßnahmenpaket, das wir anbieten, zum Beispiel bei der Kurzarbeit in anderthalb Jahren erkennbar vor dem gleichen Problem stehen, dann können wir das natürlich nicht beliebig oft wiederholen. Aber keine Brücke zu bauen, gar nichts zu machen, gar kein Angebot zu machen, hielte ich für grob fahrlässig.

Es wird oft eines vergessen, wenn jetzt über Schulden gesprochen wird: Wenn wir nichts machen, dann ist es ja nicht so, dass die Einnahmen des Staates steigen. Wir können nur bedingt gegensteuern. Man sagt uns – nehmen wir mal an, es stimmt –, wenn wir mit einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts reingehen, können wir zwischen 0,5 und 0,7 Prozent gegensteuern. Wir sind mit der Verschuldung jetzt so weit gegangen, dass wir bei einer Wirtschaftsprognose zwischen minus zwei und 2,5 Prozent in 2009 den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht verletzen würden, sondern ungefähr bei einer Defizitquote in der Nähe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ankommen. Damit sind wir im europäischen Geleitzug relativ gut. Wir stehen jenseits unseres Maßnahmenpakets jetzt vor dem ernstesten Problem – deshalb waren unsere europäischen Partner auch so erpicht darauf, dass wir etwas tun –, dass andere Länder in einer viel schwierigeren Situation sind. Großbritannien wird bei weit über minus fünf liegen, Frankreich auch in der Nähe von minus fünf; über Griechenland und Italien wollen wir jetzt mal gar nicht reden. Wir reden da zum Teil über eine gesamtstaatliche Verschuldung von 100 oder etwas mehr Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Deutschland liegt bei 65 Prozent. Die Niederländer lagen bei über 45 und sind durch die Bankenkrise jetzt auf 60 hochgeschneit. Der Euro-Raum

ist also hoch strapaziert. Wir müssen innerhalb des Euro-Raums jetzt natürlich aufpassen, dass uns die Dinge nicht zu weit auseinander fliegen. Wir müssen vor allen Dingen aufpassen, dass wir im Verhältnis zu anderen Ländern, die auch Anleihen aufnehmen, nicht immer schlechtere Konditionen bekommen.

Das ist ein Punkt, über den wir, glaube ich, alle miteinander auch mit den Bürgern sprechen müssen. Es gibt ein unglaubliches Vertrauen – das ist ja auch schön –, dass sich Staaten nicht ruinieren können. Aber das ist leider nicht wahr. Deshalb darf die Erwartung an den Staat, die zum Teil geäußert wird, nicht überdehnt werden, sonst kann der Staat seine Rolle nicht mehr ausfüllen. In dieser Lage sind wir Gott sei Dank nicht. Ich will jetzt kein Drama an die Wand malen, aber es gibt Länder, die nahe daran sind. Es ist schön, wenn man sagt, jetzt in der Krise müsst ihr Geld ausgeben, und ihr wisst ja, 1929/30 war das alles falsch. – Mit Blick auf einige europäische Länder geht mir das nicht mehr so leicht über die Lippen, denn wenn sie das tun, sind sie nicht mehr weit von Ungarn und anderen Ländern entfernt.

Deshalb ist es wichtig, dass wir im Augenblick handlungsfähige Politik haben – auf der Bundesebene, der Länderebene und auf der kommunalen Ebene –, weil daraus auch ein Gemeinschaftsgeist erwächst, der uns die Kraft gibt, solche Probleme zu lösen, miteinander zu besprechen und dann auch an bestimmten Stellen zu sagen, dass wir das jetzt nicht mehr wuppen können. Darum besteht die politische Arbeit im Augenblick darin, einen Weg von Maß und Mitte zu finden.

Letzter Punkt: Jetzt haben wir eine Krise, das ist klar. In der Krise können wir nicht sagen, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, und deshalb machen wir jetzt keine Schulden. Aber diese Krise ist aus der Leichtfertigkeit entstanden, dass man einfach über seine Verhältnisse leben kann. Ich fange bewusst da an, denn diese innere politische und gesellschaftliche Überzeugung hat ein bisschen bei uns, aber viel mehr noch woanders dazu geführt, dass man zugelassen hat, dass man auf den Finanzmärkten indiskutable Risiken eingehen konnte.

Da in der ganzen Finanzmarktkrise die Subprime-Sache eine große Rolle spielt, ist der Ausgangspunkt etwas, was so geläufig, so vertraut ist, dass mir keiner sagen kann, dass er nicht gewusst hat, was er da getan hat. Bei der New-Economy-Krise

habe ich noch verstanden, dass man mit völlig neuen Produkten, völlig neuen Möglichkeiten vielleicht manche Dinge falsch eingeschätzt hat. Aber dass beim Häuserverkauf und bei den Fragen, wie viel der Käufer verdient, ob er gerade arbeitslos ist, ob er irgendetwas auf dem Konto oder schon 20.000 Dollar Schulden auf der Kreditkarte hat, niemand gewusst haben soll, was er tut, und dazu auch nicht animiert wurde, weil Wachstum gefragt war und weil man gesagt hat, es muss jetzt Wachstum kommen, das kann mir keiner erzählen. Dass man dann durch die Datenverarbeitung die technischen Möglichkeiten hatte, das alles so schön umzuverpacken, zu zerteilen und so aufzuteilen, dass zum Schluss keiner mehr gewusst hat, was drin ist, das müssen dann die miteinander ausmachen, die diese Päckchen kaufen und sie offensichtlich nie aufmachen. Es waren noch gute Zeiten, als man das Westpaket definitiv aufgemacht hat und verbraucht hat. Das macht man ja heute bei den Päckchen nicht mehr so. Aber ich denke, in Zukunft wird man wieder darauf zurückkommen.

Der Ausgangspunkt war also ein angetriebenes Wachstum, das erwünscht war. Ich glaube, Fannie Mae und Freddie Mac können davon eine gute Geschichte erzählen. Das hat sich dann verbreitet. Die Anonymisierung war technisch einfacher und man war ja auch – wie oft haben wir uns das zum Beispiel auch von unseren britischen Freunden erzählen lassen – ein bisschen der Idiot in Europa, wenn man sich an all dem nicht beteiligt hat. Die haben gesagt: Guckt euch mal eure Reallöhne in Deutschland an und dann guckt euch mal unsere britischen an. Wenn wir dann die irischen angesehen haben, war es noch besser, bei den isländischen noch besser. Und irgendwann kommt man sich natürlich so vor, als ob man irgendwie der Letzte ist, der nicht begreift, wie man auf der Welt vorankommt. Man kann sich eben nicht abkoppeln, weil es global ist.

Natürlich haben wir dann – darüber werden ja heute Artikel geschrieben – auch unter der Schröder-Regierung moderne Finanzmarktgesetze gemacht, weil die Alternative letztlich gewesen wäre, dass man in Frankfurt überhaupt keine Finanzmärkte mehr hätte. Ich bin, ehrlich gesagt, froh, dass Frankfurt noch ein Finanzplatz ist, sonst würde auf unsere schlaunen Gedanken natürlich gar keiner mehr hören. – Das ist genauso wie bei der Kernenergie, wenn wir davon keinen Gebrauch mehr machen und wenn wir davon nichts mehr haben. – Deshalb ist es gut, dass wir hier noch einen Fuß drin haben, auch wenn es nicht der bedeutendste der ganzen Welt ist.

Aber wir müssen jetzt – morgen kommt der britische Premierminister zu mir, der in diesem Jahr die G20-Länder anführt – dafür Sorge tragen, dass die Regeln klarer werden und mehr Transparenz herrscht. Ich persönlich glaube nicht, dass die Politik für jedes Finanzmarktprodukt ein Gesetz oder eine Verordnung machen kann; ich bin weit davon entfernt. Aber ich glaube, dass man durchaus Mechanismen finden kann, wie man höheres Risiko mit höherem Eigenkapital unterlegen kann. Das muss eigentlich die Balance sein. Jeder kann Risiken eingehen, so viel er will, aber er soll bitte in der Lage sein, durch eine anständige Absicherung sein Risiko im Falle des Scheiterns auch zu tragen. Das ist der ganz einfache Grundsatz, der im Übrigen in allen anderen Wirtschaftszweigen beherrscht und eingehalten wird.

Nun ist die schöne Idee, dass Finanzmärkte ganz anders funktionieren als alles andere auf der Welt, zerplatzt. Die Klugen unter Ihnen haben letztlich das alles gewusst; manche sind mehr Risiken eingegangen, andere weniger. In diesem Sinne werden wir uns als Bundesregierung sehr entschlossen dafür einsetzen, dass die Lehren daraus gezogen werden. Aber das wird nicht reichen. Wir werden auch – da wird ein sehr, sehr dickes Brett zu bohren sein – eine völlig andere globale Architektur haben. Wir haben heute über den UN-Sicherheitsrat zu jedem Sicherheitsproblem ein Entscheidungsgremium. Aber zu der Frage, wie man nachhaltig und vernünftig wirtschaftet, gibt es nichts Vergleichbares auf der Welt.

Ich habe neulich in einem anderen Zusammenhang gesagt: Der IWF hat das ganz fein gemacht; wenn ein Entwicklungsland eine Krise hatte, dann ist er hingegangen und hat gesagt: Steuern erhöhen, einsparen. Und wenn dann der jeweilige politisch Vernünftige abgewählt war, hat er sich sozusagen verwundert die Augen gerieben und gesagt: Das ist aber komisch. Wenn aber die Industrieländer ein Problem haben, heißt es: Steuern senken, Schulden machen. Man gibt also völlig andere Hinweise. Sagt jetzt einer vom IWF zu den Amerikanern, dass es vielleicht bedenklich ist, dass man sich immer so schön in den Billionen herumtummelt? Da habe ich nichts gehört. Wenn das Mali gewesen wäre, hätte der IWF längst ein kluges Konzept gehabt, was man da machen muss.

Die Welt wird nur funktionieren, wenn wir gleiche Parameter und gleiche Standards annehmen, auch wenn uns im Westen das schwerfällt. Ich sage das in voller Beachtlichkeit, weil wir jetzt in einer Lage sind, die so nicht anhalten kann, weil das sonst eine politische Dimension bekommt. Wenn die Chinesen Geld haben und wir dagegen verschuldet sind, dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir zum Schluss auch politisch nicht mehr so viel zu sagen haben.

Ich bin stolz auf unsere gesellschaftliche Ordnung, darauf, dass die Würde des Menschen geachtet wird, dass die einzelne Stimme etwas zu sagen hat, dass jeder wählen kann, dass man auswählen kann und dass man daraus dann demokratische Mehrheiten zimmert. Dies alles ist alles andere als selbstverständlich auf dieser Welt. Wenn die westlichen Ordnungen es nicht schaffen, aus dieser Krise die richtigen Lehren zu ziehen, dann werden andere auf der Welt nicht mehr sagen, dass Demokratie etwas besonders Erfolgreiches ist. Deshalb ist es mir sehr ernst damit, dass wir auch nach der Krise alles dafür tun, dass sich eine vergleichbare Krise nicht wiederholt.

* * * * *